

PRESSEMITTEILUNG

Gemischte Bilanz nach Gesprächen mit Stadtverwaltung und Parlamentarischem Staatssekretär Thomas Bareiß

Pulheim, den 23.01.2019

Am 23.01.2019 kam es im Pulheimer Rathaus zum Treffen von Vertretern der Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultranet e.V. mit Bürgermeister Frank Keppeler (CDU) und dem Technischen Beigeordneten Martin Höschen. Im konstruktiven Austausch waren dabei die Bürgerinformationsveranstaltung von November und ein seit dieser Veranstaltung im Raum stehender möglicher Kompromiss in Form einer Verschwenkung der Hochspannungstrasse das vorrangige Thema.

Der Bürgermeister bezeichnete die damalige Veranstaltung als gelungen, hob die professionelle Arbeit der PBU e.V. hervor, die ihn nunmehr auch selbst motiviere, sich noch deutlich weiter als bisher in die Diskussion einzubringen. Er versprach, beim Netzbetreiber persönlich für Lösungen zu werben. Keppeler lobte die Pulheimer Bürgerschaft, die sich am 20.11.2018 trotz aller berechtigter Kritik und Sorgen um gesundheitliche Auswirkungen den anwesenden Diskussionsteilnehmern (Bundesnetzagentur, Amprion und BfS) gegenüber fair verhalten habe. Wir sehen das ähnlich, danken Herrn Keppeler für seine Moderation und formulieren im Gegenzug aber nun auch eine sehr klare Erwartungshaltung:

Die Vorhabensträgerin Amprion GmbH und die am Ende entscheidende Bundesnetzagentur müssen sich nun genauso fair zeigen und – unseren berechtigten Einwänden entsprechend – ebenfalls den Kompromiss suchen.

Selbst wenn unsere Forderung nach einer zukunftssträchtigen, dezentral gesteuerten Energiewende – ohne rücksichtslose Landschafts- und Umwelteingriffe durch bis zu 90 Meter hohe Stahlmonster – dann weiterhin ungehört bliebe: Die von den Regierungsparteien und dem Bundeswirtschaftsministerium immer wieder eingeforderte Akzeptanz des Leitungsausbaus könnte durch eine den Abstand zur Bebauung erhöhende Verschwenkung der Ultranet-Trasse deutlich gesteigert werden.

Ein von Vertretern der PBU vorgestellter Plan, der eine weiträumige Umgehung des Ortsteils Geyen durch die Versetzung der neuen Strommasten Nummer 20-23 vorsieht, fand allgemein Anklang. Dabei würde auch den Interessen der zukünftigen Anwohner im neuen Baugebiet (BP 114) im Süden Pulheims entsprochen, da der gesetzlich vorgesehene Mindestabstand von 400 Metern eingehalten werden könnte. Auch für den Ortsbereich Brauweiler werden nun noch alternative Lösungsansätze geprüft.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de

Bezüglich des im Rahmen des HFA Pulheim im Dezember noch von CDU und Grünen abgelehnten Bürgerantrags zur finanziellen Unterstützung unserer Interessen als gemeinnütziger Verein warb der Bürgermeister noch einmal für Verständnis: **„Die Ablehnung des Antrags muss als Verpflichtung der Stadt verstanden werden, beim Thema Ultranet im Sinne der Bürgerschaft selbst tätig zu werden. Darauf können Sie sich verlassen!“**

Am 24.01.2019 fand in der Hürther Stadtverwaltung eine öffentliche Anhörung mit Staatssekretär Bareiß, Vertretern der Bundesnetzagentur sowie der ebenfalls anwesenden Amprion GmbH statt. Der im Auftrag von Bundeswirtschaftsminister Altmaier angereiste Bundespolitiker nahm die von den teilnehmenden Bürgerinitiativen und den anwesenden Bürgermeistern Breuer (Hürth) und Keppeler (Pulheim) geäußerten Forderungen und Kritiken rund um die derzeitigen Planungen der Trassenverläufe auf. Innerhalb des kontroversen Meinungsaustauschs, bei dem nur wenige Wortmeldungen zugelassen waren, versprach Bareiß zwar, diese prüfen zu lassen, verwies in seinen Ausführungen aber einmal mehr auf „die Notwendigkeit des Leitungsausbaus im Rahmen der Mammutaufgabe Energiewende“. Immerhin räumte er ein, dass die Kommunikation rund um den Netzausbau nicht immer ideal gelaufen sei und sah dbzgl. gehöriges Verbesserungspotenzial. Erstaunlicherweise wusste der Staatssekretär zudem zu berichten, dass ihm Nachweise vorlägen, dass die geplante – weltweit zum ersten Mal (!) nahe einer Wohnbebauung umgesetzte – Hybridtrasse Ultranet gesundheitlich völlig unbedenklich sei. Bemerkenswert ist dabei, dass dies so derzeit weder vom zuständigen Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) noch von der Strahlenschutzkommission (SSK) bestätigt wird, da die entsprechenden Studien noch nicht abgeschlossen wurden. Die SSK empfiehlt stattdessen auf ihrer Internetseite weiterhin wörtlich*:

„Angesichts der zu erwartenden Immissionen durch elektrische und magnetische Felder von HGÜ-Leitungen und bestehender Regelungslücken spricht die SSK folgende Empfehlungen aus:

Die SSK empfiehlt, die elektrischen Gleichfelder von HGÜ-Leitungen mit dem Ziel der Vermeidung gesundheitlicher Beeinträchtigungen oder erheblicher Belästigungen zu begrenzen und bei multipler Exposition durch elektrische Gleich- und Wechselfelder eine gewichtete Summation der Einzelbeiträge vorzunehmen.

Die Angabe von belastbaren Schwellenwerten für Wahrnehmungs-, Belästigungs-, Schmerz- und Gefährdungseffekte ist im Hinblick auf die begrenzte Datenlage, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der untersuchten Personen und der Einflüsse von Kofaktoren wie z.B. Ionendichte, derzeit nicht möglich. Die SSK empfiehlt daher die Durchführung weiterer Forschungsprojekte zur Wahrnehmung vor allem in Form von Humanstudien unter gut kontrollierten Bedingungen.“



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de

Die PBU wird daher – auch im Namen des Aktionsbündnisses Ultramet – die entsprechenden Nachweise beim Bundeswirtschaftsministerium anfordern. Wir verweisen im Zuge dessen zum wiederholten Male auf das in Deutschland und Europa gültige Vorsorgeprinzip: **Unbekannte und unerforschte Gesundheitsrisiken sind auszuschließen und bei Umsetzung von bisher unbekanntem Technologien zwingend zu beachten.** Dies fordern wir gemeinsam mit allen Trassenanliegern auch für Ultramet ein.

Fazit der „Dialogveranstaltung“: Sowohl die IG Hürth als auch die PBU hatten (auch getragen von der Unterstützung durch die jeweiligen Bürgermeister) die Gelegenheit, ihre Positionen zu verdeutlichen. Was das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie daraus macht, bleibt nun abzuwarten.

Am 8.2.2019 wird Bundesminister Altmaier sich im ebenfalls von Ultramet betroffenen Niedernhausen in Südhessen der Diskussion persönlich stellen. Die 18 Bürgerinitiativen des Aktionsbündnisses werden hier die Gelegenheit zum lautstarken Protest gegen die umstrittene Trasse nutzen.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltramet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbueundnis-ultranet.de